

05.1491.01

# **Ratschlag**

**betreffend**

**Budget 2006 der Universität und Globalbeitrag des Kantons Basel-Stadt**

vom 13. September 2005 / ED 051491

Den Mitgliedern des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zugestellt am  
30. September 2005

## **1. AUSGANGSLAGE**

Mit dem ausführlichen Budgetbericht 2006 beantragt die Universität Basel den politischen Behörden zum zehnten Mal einen Globalbeitrag. Das Staatsbudget enthält ausschliesslich die Summe des kantonalen Globalbeitrags und keine Angaben für Detailpositionen mehr. Gemäss Universitätsgesetz erfolgt die Budgetierung durch die Universität und wird vom Universitätsrat verabschiedet. Der Globalbeitrag ist vom Grossen Rat jährlich zu beschliessen. Als Entscheidungsgrundlage liegen dem Grossen Rat jeweils die letzte ausführliche Rechnungsablage (der Jahresbericht wurde den politischen Behörden im Sommer direkt von der Universität zugestellt) und das Budget des Vorjahres sowie der detaillierte Budgetbericht der Universität zum kommenden Jahr vor.

## **2. PORTFOLIOBERICHT DES UNIVERSITÄTSRATS**

Bereits im April 2004 hat der Universitätsrat einen grundlegenden Bericht „Die Universität Basel 2005 - 2008“ vorgelegt, in dem er nach intensiver inneruniversitärer Vernehmlassung seine strategische Planung darlegt, nach der sich das Portfolio der Universität Basel in den nächsten Jahren entwickeln soll. Der Bericht zeigt auf, wie die Universität Basel als leistungs- und konkurrenzfähige, für Forschende, Lehrende und Studierende attraktive und auch nachhaltig finanzierte Universität gesichert werden soll. Dafür beantragt der sogenannte „Portfoliobericht“ den beiden Trägerkantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft einerseits eine Erhöhung der Betriebsbeiträge um CHF 23 Mio. und andererseits eine um CHF 8 Mio. verbesserte Dotierung des von beiden Kantonen gespiesenen Immobilienfonds der Universität. Die Mehrleistungen der Kantone sollen gemäss Vorstellung des Universitätsrats stufenweise bis 2008 erbracht werden. Um aber nicht nur von der öffentlichen Hand zu fordern, sondern angesichts der angespannten Finanzlage auch selber einen substantiellen Beitrag zu leisten, publiziert der Universitätsrat im Portfoliobericht Massnahmen, die gesamthaft zu Kostensenkungen an der Universität von CHF 12 Mio. führen. Dabei hat der Universitätsrat betont, dass eine Umsetzung der Kostensenkungsmassnahmen daran gekoppelt sei, dass auch die zusätzlichen Beiträge der öffentlichen Hand fließen. Der Portfoliobericht der Universität betrifft die Periode 2005 - 2008.

Nach eingehender Analyse und Diskussion des Portfolioberichts im Rahmen der gemeinsamen Verhandlungen sind die Regierungen zum Schluss gekommen, dass auf den Antrag des Universitätsrats im Rahmen von CHF 26 Mio. eingegangen werden soll. Im Vergleich zum Jahr 2004 wollen die Regierungen - sofern der Ratschlag zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität von den Parlamenten dannzumal genehmigt wird - der Universität die Trägerbeiträge bis 2009 sukzessive um CHF 26 Mio. erhöhen. CHF 20 Mio. sollen dabei für den Betrieb der Universität verwendet werden, CHF 6 Mio. sollen für Erhöhung des Immobilienfonds eingesetzt werden. Diese dauerhafte Erhöhung des Globalbeitrags der Universität ist allerdings nur möglich, wenn die gemeinsame Trägerschaft der Universität wie geplant zustande kommt.

## **3. DER LEISTUNGSaufTRAG FÜR DIE UNIVERSITÄT**

Ein Element zur Begründung des Globalbeitrags stellt der Leistungsauftrag resp. die Leistungsvereinbarung mit der Universität dar. Die Globalbeiträge der letzten fünf Jahre wurden auf der Basis der Leistungsvereinbarung 2000 bis 2002 bewilligt.

Auch für dieses Jahr hat der Regierungsrat mit der Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rats abgesprochen, dass die Leistungsvereinbarung 2000 bis 2002 nochmals die Grundlage für den bewilligten Globalbeitrag darstellen soll. Denn die Arbeiten am neuen Leistungsauftrag der Universität richten sich bereits auf die gemeinsame Trägerschaft ab 1. Januar 2007 aus. Neu sollen - analog zum Vorgehen bei der FHNW - beide Regierungen dem Universitätsrat einen Leistungsauftrag erteilen, der anschliessend von beiden Parlamenten genehmigt wird. Der Leistungsauftrag 2007 ff. wird dem Grossen Rat wie dem Landrat im Rahmen des Ratschlags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität vorgelegt. Dieser Ratschlag enthält zusätzlich den Staatsvertrag, der ebenfalls von beiden Parlamenten zu genehmigen ist, sowie die erläuternden Ausführungen der Regierungen. Ein Entwurf des Ratschlags mit Staatsvertrag wird im Herbst 2005 in die Vernehmlassung gehen (Verbände, Parteien, betroffene Institutionen, Bundes- und Kantonsstellen), die Überweisung der Vorlage an die beiden Parlamente ist auf Frühjahr 2006 geplant.

#### **4. DIE VERHANDLUNGEN MIT DEM KANTON BASEL-LANDSCHAFT UND FESTLEGUNG DES GLOBALBEITRAGS 2006 FÜR DIE UNIVERSITÄT**

Der oben dargelegte Terminplan ist möglich, weil die Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft seit Januar 2005 - als die beiden Regierungen ihre Grundsätze und gemeinsame Standards für gemeinsame Trägerschaften publik gemacht hatten - gut vorankommen. Auf Ebene der bikantonalen Projektorganisation sowie der beiden Regierungen hat man sich über die Organisation der gemeinsam getragenen Universität wie deren Finanzierung geeinigt. Der Entwurf eines Staatsvertrags, der das Universitätsgesetz und die bisherigen bikantonalen Verträge (Universitätsvertrag und Immobilienvertrag) ablösen sollen, ist in Zusammenarbeit mit der Universität ausformuliert worden.

Angesichts des ermutigenden Verhandlungsstands beantragen beide Regierungen den Parlamenten erneut einen Sonderbeitrag für die Universität, welcher den Universitätsrat bei der Umsetzung seiner strategischen Planung 2005 bis 2007 gemäss des unter Ziff. 2 angesprochenen Portfolioberichts unterstützen soll. Einen ersten Schritt haben die beiden Kantone 2005 mit einem Sonderbeitrag von gesamthaft CHF 6 Mio. (CHF 3 Mio. pro Kanton) geleistet. Für 2006 beantragen die Regierungen den Sonderbeitrag zu erneuern und auf CHF 10 Mio. zu erhöhen. Der Sonderbeitrag ist als vorweggenommener Anteil der Budgeterhöhung zu verstehen, die der Universität ab 2007 zukommen soll, falls die Parlamente die Anträge der Regierungen über die gemeinsame Trägerschaft der Universität bestätigen werden.

In seinem am 17. August 2005 verabschiedeten Budgetbericht beantragt der Universitätsrat dem Kanton Basel-Stadt somit einen Globalbeitrag von CHF 80'914'100.--. Der Globalbeitrag 2006 enthält neben der Erhöhung des Sonderbeitrags um CHF 2 Mio. verschiedene kostenneutrale Budgettransfers im Wert von CHF 2'330'400.--, mit welchen Dienstleistungen in das Universitätsbudget integriert werden, die der Kanton Basel-Stadt bisher auf kalkulatorischer Basis für die Universität erbracht hat. Der Budgetbericht der Universität weist die Integration dieser Leistungen unter Ziff. 1 generell und unter Ziff. 6 im Einzelnen aus. In der Summe der Erhöhung des Sonderbeitrags und des Budgettransfers liegt der

Globalbeitrag 2006 somit um CHF 4'330'400.-- höher als der Globalbeitrag 2005 (CHF 76'583'700.--):

### **Herleitung des Globalbeitrags 2006 im Vergleich zu 2005**

Globalbeitrag BS 2005 an Uni (inkl. CHF 3 Mio. Sonderbeitrag)	CHF 76'583'700.--
Erhöhung des Sonderbeitrags	CHF 2'000'000.--
Kostenneutrale Budgettransfers	<u>CHF 2'330'400.--</u>
<b>Globalbeitrag 2006</b>	<b>CHF 80'914'100.--</b>
	=====

## **5. KURZE WÜRDIGUNG DES BUDGETS DER UNIVERSITÄT**

Die Universität legt für das Jahr 2006 ein ausgeglichenes Budget vor. Angesichts der in den letzten vier Jahren um 21% gestiegenen Studierendenzahlen ist dies keineswegs selbstverständlich. Der Ausgleich wird einerseits möglich durch die Sonderbeiträge der beiden Kantone (gesamthaft CHF 10 Mio.) und andererseits aufgrund prognostizierter Mehreinnahmen aus der interkantonalen Universitätsvereinbarung (plus CHF 2,9 Mio.) und erwarteter höherer Beiträge des Bunds im Rahmen des Universitätsförderungsgesetzes UFG ( plus CHF 1 Mio.). Im Weiteren budgetiert die Universität steigende eigene Erträge.

Über den Einsatz der zusätzlichen Mittel berichtet der Universitätsrat im Budgetbericht in den Ziffern 2 - 4, besonders auf Seite 10. Den Mehreinnahmen stehen allerdings auch Kostenoptimierungsmassnahmen gemäss Portfoliobericht gegenüber: Die Universität verzichtet im Jahr 2006 auf den Teuerungsausgleich für das Personal und reduziert sein Angebot (Astronomie).

Positiv zu würdigen ist die dynamische Entwicklung in der Forschung. 2005 hat die Universität neben den bestehenden zwei weitere nationale Forschungsschwerpunkte errungen, generell steigen die Forschungsmittelzusagen des Nationalfonds und auch die Drittmittelinwerbung weist weiterhin eine positive Tendenz aus (vgl. Ziff. 9.1 im Budgetbericht der Universität: Mehrjahresübersicht inkl. Drittmittel). Neben der steigenden Studierendenzahl weist die Universität somit auch eine zunehmende Nachfrage ihrer Forschungsleistungen aus.

## **6. ANTRAG**

Gestützt auf den vorliegenden Ratschlag beantragen wir dem Grossen Rat, den nachstehenden Beschlussesentwurf anzunehmen.

Basel, 29. September 2005

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Ralph Lewin  
Präsident

Dr. Robert Heuss  
Staatsschreiber

Beilage:  
Budgetbericht 2006 der Universität Basel

